

Inhalt

Danksagung	8
Arabische Medien: Eine Einführung	9
<i>(Carola Richter & Asiem El Difraoui)</i>	
Teil I: Transnationale Phänomene arabischer Medien	
Die Geschichte arabischer Massenmedien von 1860 bis 1950.....	25
<i>(Bettina Gräf)</i>	
Transnationales Satellitenfernsehen: Bilder sprengen Grenzen.....	39
<i>(Carola Richter & Asiem El Difraoui)</i>	
Media Cities: Mediencluster als Mittel wirtschaftlicher Standortkonkurrenz.....	51
<i>(Almut Woller)</i>	
Facebook, Twitter & Co.: Die politische Rolle sozialer Netzwerkmedien.....	63
<i>(Maria Röder-Tzellos)</i>	
Alltag und Medien: Mediatisierung in der arabischen Welt.....	75
<i>(Ines Braune)</i>	
Genderkonstruktionen und Darstellungen von Geschlecht in arabischen Medien.....	87
<i>(Xenia Tabitha Gleissner)</i>	
Medien und Minderheiten in arabischen Ländern	99
<i>(Sebastian Elässer, Andrea Fischer-Tahir & Kristin Pfeifer)</i>	
Islamistische Medien: Vom Wahhabismus über die Muslimbrüder zum Cyber-Dschihad	117
<i>(Asiem El Difraoui)</i>	

Teil II: Arabische Länder und ihre Mediensysteme

Ägypten: Paradox von Vielfalt und Gleichschaltung.....131
(*Carola Richter*)

Sudan: Medien im Spannungsfeld von Islam,
Instrumentalisierung und Idealismus143
(*Anke Fiedler*)

Marokko: Gott, Vaterland und König und eineinhalb
Millionen Likes für Mohammed VI.....155
(*Ines Braune*)

Algerien: Im Land der Zeitungsläser167
(*Daniel Gerlach*)

Tunesien: Mediensystem im Umbruch179
(*Judith Pies*)

Libyen: Von der Diktatur des Grünen Buchs zum post-
revolutionären Chaos191
(*Carola Richter*)

Syrien: Von Einheitsstaats- zu Bürgerkriegsmedien.....203
(*Katharina Nötzold*)

Libanon: Freie Medien im Dienste ihrer Zahlmeister215
(*Katharina Nötzold*)

Palästina: Medien unter doppelter Besatzung227
(*Abir Kopty*)

Jordanien: Zwischen Politur und Strukturreform.....239
(*Judith Pies*)

Irak: Pluralismus in Bedrängnis.....251
(*Anja Wollenberg*)

Saudi-Arabien: Gleichzeitigkeit der Gegensätze	263
<i>(Carola Richter)</i>	
Vereinigte Arabische Emirate: Zwischen Zensur und unbegrenzten Möglichkeiten.....	275
<i>(Xenia Tabitha Gleissner)</i>	
Qatar: Ein immer noch loyalistisches Mediensystem	289
<i>(Sarah El Richani)</i>	
Bahrain: Freund und Feind des Internets	299
<i>(Leoni Wolf)</i>	
Kuwait: Ein verblichener Mythos	309
<i>(Martin Schiller)</i>	
Oman: Medien und Modernisierung im Land des Weihrauchs	319
<i>(Gidon Windecker)</i>	
Jemen: Medien als politische Waffen	331
<i>(Mareike Transfeld & Hafez Al-Bukari)</i>	
Autorinnen und Autoren.....	341

Tunesien: Mediensystem im Umbruch

Judith Pies

»Wir lieben Tunesien, deshalb registrieren wir uns zur Wahl!« Diesen Slogan sah und hörte man im Sommer 2014 in vielen Variationen auf FACEBOOK und Websites, im Fernsehen und Radio, auf Plakaten und in Zeitungen. Es war der Versuch, möglichst viele Wähler zur Registrierung für die erste demokratische Wahl nach der neuen tunesischen Verfassung zu bewegen. Dass die Medien so geschlossen agierten, ist nicht selbstverständlich. Die Jahre seit der Revolution von 2011 waren bis dahin stark von Rivalitäten und Machtkämpfen im Medien-sektor gezeichnet. Es ging um den Zugang zum Medienmarkt, um Repräsentanz und Legitimation, um den Umgang mit der Ära des Autokraten Ben Ali, die Abhängigkeit vom Staat, den Einfluss von Parteien und vieles mehr. Indem sich fast alle Medienakteure an dem Aufruf beteiligten, zeigten sie, dass sie den eingeschlagenen Weg Tunesiens zur Demokratie grundsätzlich unterstützen. Wie genau jedoch die Rolle einzelner Akteure für eine neue Demokratie und die Struktur des Mediensystems aussehen wird, ist in vielen Punkten noch offen. Die mittlerweile pluralistischste Medienlandschaft der arabischen Welt befindet sich weiterhin im Umbruch.

Historischer Rückblick

Im Jahr 1881 marschierten französische Truppen in das Gebiet des heutigen Tunesiens ein und gliederten es für die folgenden 75 Jahre als Protektorat in das französische Kolonialreich ein. Die lokalen Herrscher, die bis dahin formal den Osmanen unterstehenden Beys von Tunis, blieben offiziell im Amt. Die meisten ihrer Machtbefugnisse mussten sie jedoch an die französische Generalverwaltung abgeben. Die ersten Druckpressen wurden von Franzosen ins Land gebracht und französische Siedler dominierten das tunesische Zeitungswesen im gesamten 19. Jahrhundert. Da Frankreich ein französischsprachiges Bildungssystem einführte und das Publizieren in Arabisch nur zur Verbreitung offizieller Verlautbarungen erlaubte, wurde das Mediensystem Tunesiens in seinen Anfängen stark durch die französische Sprache und journalistische Kultur geprägt. Der Kampf um Unabhängigkeit begann mit ersten Aufständen, Streiks und Boykotten in den 1910er-Jahren. Er führte nach einem bewaffneten Aufstand 1954 schließlich zur Anerkennung der Unabhängigkeit durch die französische Kolonialmacht. Bei der Mobilisierung gegen die Franzosen spielte die arabischsprachige und teilweise

islamistische Untergrundpresse eine wichtige Rolle. Sie unterstützte die Ziele der Unabhängigkeitsbewegung, die eigenen, arabisch-islamischen Wurzeln zu stärken und zugleich die Gesellschaft zu modernisieren. Habib Bourguiba, die führende politische Figur der Unabhängigkeitsbewegung, versuchte als erster Präsident in seiner Politik des tunesischen Nationalismus beides zu vereinen. Im Laufe seiner Herrschaft verschwand das Ziel einer Demokratisierung immer stärker hinter einer »Modernisierung« (Erdle 2010). Bourguiba hatte zeitweilig selbst als Journalist gearbeitet und gründete 1932 die Zeitung L'ACTION TUNESIENNE. Seine publizistischen Erfahrungen erleichterten es ihm, die Medien nach der Unabhängigkeit in den Dienst seiner Partei, der Néo-Destur (später Rassemblement constitutionnel démocratique, RCD), seines Staatsapparates und seiner selbst zu stellen. Medien unter Bourguiba sollten in erster Linie zur Erziehung und Bildung der Massen und zur Sicherung seiner Macht beitragen. All dies geschah auf Kosten eines politischen Pluralismus und öffentlicher Partizipationsmöglichkeiten.

Zine al-Abedin Ben Ali, der 1987 nach einem unblutigen Putsch die Macht vom greisen Bourguiba übernahm, änderte an dieser Orientierung nichts. Zwar leitete er einige politische Reformen – unter anderem eine vorsichtige Einbindung von Oppositionsparteien – ein und beendete somit formal das Einparteiensystem. Doch einer Opposition wurden enge Grenzen gesetzt und alle Parteien mit religiöser Orientierung verboten. Die islamistische Ennahda Partei und ihre Anhänger ließ er bereits nach kurzer Zeit massiv verfolgt. Dem politischen Islam blieb somit über Jahrzehnte nur der Untergrund oder das Exil. Ben Ali setzte zudem die strikte Medienkontrolle Bourguibas fort und intensivierte sie sogar im Laufe seiner Herrschaft. Somit war die Verwirklichung eines pluralistischen, die Komplexität der tunesischen Gesellschaft repräsentierenden Mediensystems bis zum Jahr 2011 stark begrenzt. Ein wichtiges Mittel seiner Herrschaftssicherung, das er auch auf die Medien anwandte, war die strategische Positionierung der eigenen Familienmitglieder (Erdle 2010). Bis heute stellen das autokratische Vermächtnis und die Verwurzelung des Ben Ali-Clans in zahlreichen Bereichen der tunesischen Gesellschaft die größten Herausforderungen für das Mediensystem dar.

Die »Jasmin-Revolution« von 2010/2011 ist wohl das einschneidendste Ereignis der Geschichte des unabhängigen Tunesiens und zugleich der Anfangspunkt des sogenannten »Arabischen Frühlings«. Die Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 löste überall im Land spontane Proteste aus, die den Demütigungen und der Verzweiflung einer ganzen Generation Ausdruck verliehen. Die Demonstranten wandten sich gegen das korrupte und autokratische Regime, forderten bessere und würdigere Lebensbedingungen und mehr Freiheiten. Der langjährige Autokrat Ben Ali

floh überstürzt am 14. Januar 2011 nach Saudi-Arabien. Mit der Ernennung einer Übergangsregierung begann die bis heute andauernde Transformation Tunesiens zu einer Demokratie. Dieser Prozess ist vor allem dadurch geprägt, dass er die Schaffung neuer Strukturen ohne abrupten Bruch mit den alten versucht. Konkret bedeutete dies etwa für das Mediensystem, dass Mediengesetze geschrieben wurden, bevor überhaupt deren zukünftiger Referenzpunkt, die Verankerung der Pressefreiheit in der Verfassung, bestand.

Eine Verfassung auszuarbeiten war das Ziel der Verfassungsgebenden Versammlung, die am 23. Oktober 2011 gewählt wurde. Die Versammlung bestimmte zugleich eine Übergangsregierung, die als Koalition zwischen der islamistischen Ennahda und den linken Parteien *Congres pour la Republique* (CPR) und *Ettaktol* von November 2011 bis Januar 2014 im Amt war. Die Zeit bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung am 26. Januar 2014 war gekennzeichnet durch Machtkämpfe und den Versuch, die scheinbar unüberwindbaren Differenzen zwischen eher zivilstaatlich- und eher islamistisch-Orientierten zu überbrücken. Die Ermordung der Oppositionspolitiker Chokri Belaid und Mohammed Brahmî im Jahr 2013 durch Salafisten bedrohte den gesamten Reformprozess. Die Angst vor ähnlich autokratischen Rückschritten wie in Ägypten und ein hohes, zivilgesellschaftliches Engagement zur Kompromissfindung sind wichtige Gründe dafür, dass die Bildung einer Technokraten-Regierung im Januar 2014 doch gelang. Im Herbst 2014 fanden schließlich die ersten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen nach der neuen Verfassung statt, bei denen die zivilstaatlich-orientierte *Nida Tunis* die islamistische Ennahda als stärkste Partei ablöste. Mit der Wahl Béji Caïd Essebsi – einem ehemaligen Minister unter Bourguiba und Mitbegründer von *Nida Tunis* – als Präsident dominieren nun wieder zivilstaatlich-orientierte Akteure die Geschicke des Landes. Allerdings gelang Habib Essid von der *Nida Tunis* die Regierungsbildung erst, nachdem er Ennahda und andere Parteien in das Kabinett eingebunden hatte – ein erster Hinweis darauf, dass die Kompromissssuche generell und besonders zwischen zivilstaatlich- und islamistisch Orientierten auch in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle spielen wird.

Gesellschaftliche Verhältnisse

Tunesien ist mit 10,8 Millionen Einwohnern das bevölkerungs- und flächenmäßig kleinste Land in Nordafrika und verfügt – etwa im Gegensatz zum Nachbarn Algerien – nicht über nennenswerte Bodenschätze. Diese Gegebenheiten bewogen bereits den ersten Präsidenten Bourguiba dazu, die tunesische Bevölkerung als die eigentliche Wirtschaftsressource des Landes zu betrachten. Entsprechend stand die Alphabetisierung und Ausbildung des Volkes weit oben auf der Agen-

da seines »Modernisierungsplans«, der in diesem Punkt erfolgreich war und sich heute in einer im Vergleich zu den meisten arabischen Länder gut ausgebildeten Bevölkerung niederschlägt.

Die französische Protektorsmacht hatte Französisch als Sprache in (kulturellen) Institutionen forciert, was sich bis heute in zahlreichen französischsprachigen Medien widerspiegelt. Die Frankophonie vieler Tunesier vor allem aus der Mittelschicht und den Küstenregionen trägt auch dazu bei, dass sie neben pan-arabischen Satellitensendern wie AL-JAZEERA französischsprachige Medien aus dem Ausland wie FRANCE 24 nutzen. Da Tamazight in Tunesien nur vereinzelt im Süden und auf Djerba gesprochen wird, gibt es keine (mediale) Emanzipationsbewegung der Imazighen wie etwa in Marokko oder Algerien [siehe Beitrag Medien und Minderheiten]. Auch in religiöser Hinsicht ist die tunesische Gesellschaft mit etwa 99 % sunnitischen Muslimen relativ homogen. Juden, Christen, Schiiten und Bahais (zusammen ca. 1 %) sind – im Gegensatz zur Zeit um 1900 – medial nicht sichtbar. In den Jahren nach der Revolution 2011 haben salafistische Bewegungen an Zulauf gewonnen und mit ihnen (internationale) salafistische Websites. Zu traditionellen Medien hat diese religiöse Strömung jedoch bislang keinen Zugang gefunden.

Das sozio-ökonomische Gefüge Tunesiens wird durch ein Küste-Binnenland-Gefälle und eine hohe Generationen-Ungerechtigkeit geprägt. Die Arbeitslosigkeit wird offiziell mit 15,3 % (4. Quartal 2013) angegeben. Überproportional betroffen sind junge Menschen im Landesinnern. Hinzu kommt eine erhöhte Arbeitslosenrate unter Frauen und Akademikern. Diese sozio-ökonomischen Ungleichheiten setzen sich auch im Mediensystem fort. Vor der Revolution von 2011 produzierten nur wenige Medienorganisationen außerhalb der Hauptstadt Tunis. Es gab fünf lokale Radiosender, von denen drei im Binnenland angesiedelt waren (El Kef, Gafsa und Tataouine). Dass das Binnenland inhaltlich allerdings nur eine geringe Rolle spielte, zeigte sich vor allem in Ausnahmesituation wie etwa bei den schweren Überschwemmungen im Jahr 2009 oder bei Streiks in Gafsa 2008. In solchen Momenten war es für die Medien – wenn sie denn wollten und durften – äußerst schwer an Informationen und Bilder zu gelangen (Haugbølle / Cavatorta 2012: 110). Die Entstehung zahlreicher Lokalmedien und Medien mit Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung nach der Revolution zeigen, dass die Probleme erkannt wurden. Allein im Radiosektor gab es im Dezember 2012 mehr als 30 offline und online Radiosender, die ein lokales und partizipatorisches Konzept vertraten, z. B. die Webradios TUNISIAGAYS, RADIO SAUT AL-MENAJIM in Gafsa oder CHAAMBI FM in Kasserine sowie offline Radiostationen wie RADIO KALIMA oder RADIO 6 (Groth 2013: 8). Eine weitere gesellschaftliche Konfliktlinie existiert traditionell zwischen einer französischsprachigen Elite und der arabischsprachigen Masse. Sie deckt sich teilweise mit der

geografischen, da entlang der Küste – und hier vor allem in der Mittel- und Oberschicht – das Französische weiter verbreitet ist als im Binnenland. Dass nun das tunesische Arabisch in den Medien an Bedeutung gewinnt, kann als weiteres Indiz für einen Zugewinn an Repräsentanz von Bevölkerungsteilen außerhalb der (alten) Eliten interpretiert werden.

Politische und rechtliche Rahmenbedingungen

Ein wichtiges Merkmal zum Verständnis der aktuellen Entwicklungen im Mediensystem ist eine weitere historisch gewachsene Konfliktlinie zwischen eher weltlich-zivilstaatlichen und eher religiös-islamistisch orientierten Bevölkerungsteilen. Diese Teilung, die auf die Zeit vor der Unabhängigkeit zurückgeht, intensivierte sich im politischen System unter Bourguiba und Ben Ali. Beide bauten ihre Macht vor allem auf der Basis weltlich-orientierter Akteure auf, die das politische System, den Staat und somit auch das Mediensystem gestalteten. Mit dem Sieg Ennahdas bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 2011 erhielten religiös-orientierte Akteure den formal größten Einfluss auf den Demokratisierungsprozess. Durch diese neue Machtkonstellation entstanden zahlreiche Konflikte über die Neugestaltung des Mediensystems, in dessen Zentrum die Rolle der Pressefreiheit in der zukünftigen Verfassung stand. Hierbei war es Ennahda und anderen islamistischen Akteuren ein Anliegen, den Schutz der Religion der Pressefreiheit gleichzusetzen. Zivilstaatlich-orientierte Akteure hingegen sahen in dieser Forderung eine offene Tür für staatliche Zensur. Der Kompromiss in der Verfassung sieht nun die Gewährung der »Meinungs-, Gedanken-, Ausdrucks-, Informations- und Publikationsfreiheit« in Artikel 31 vor. Der Staat muss zugleich die »Religion« und »das Heilige« vor »Angriffen« schützen (Art. 6). Die noch immer deutliche Mehrzahl zivilstaatlich-orientierter Akteure in den Medien und die Koalition Ennahdas mit zwei linken Parteien dämmten die Dominanz einer bestimmten Akteursgruppe beim Umbau des Mediensystems zwar ein. Allerdings führte die Konstellation auch dazu, dass viele wichtige Strukturreformen (noch) nicht oder sehr spät auf den Weg gebracht wurden. Symptomatisch dafür ist die Besetzung einer unabhängigen Regulierungsinstitution für den Rundfunksektor. Die Mitglieder dieser Institution (Haute autorité indépendante de la communication audiovisuelle, HAICA) sollten laut Dekret Nr. 116 vom November 2011 anteilig von politischen, juristischen, zivilgesellschaftlichen und medienprofessionellen Institutionen bestimmt werden. Die Besetzung erwies sich in der Praxis aufgrund von Machtkämpfen und dem Versuch, die Kommission im eigenen Sinne zu beeinflussen, als äußerst schwierig. Erst im Mai 2013 trat deshalb die HAICA ihre Dienste an und versucht seither unter hohem Vermittlungsaufwand zwischen Regierung, Medieneigentü-

mern, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Journalisten die Regeln und Strukturen für ein neues Rundfunksystem zu etablieren.

Mit dem Festschreiben der Pressefreiheit in der neuen Verfassung und den 2011 auf den Weg gebrachten Gesetzen (Pressegesetz und Informationsfreiheitsgesetz) sind zumindest juristisch der Einschränkung von Medien Grenzen gesetzt. Diese Veränderungen haben zum Aufblühen der Medienlandschaft geführt, wenn auch Medienaktivisten in den vergangenen Jahren zahlreiche Beispiele dafür gesammelt haben, wie bestimmte Themen (v.a. Religion und Sex) durch rechtliche Schritte gegen Medien zu tabuisieren versucht werden. Auch tätliche Angriffe gegen Journalisten sind noch nicht gänzlich von der Bildfläche verschwunden.¹

Neben rechtlichen Vorgaben schränkten unter Ben Ali zahlreiche Kontrollorgane die Handlungsspielräume von Medienakteuren massiv ein. Allen voran stand hier das Informationsministerium, das verschiedene Regulierungs- und Kontrollmechanismen koordinierte. Daneben war das Innenministerium für die Zulassung von Printmedien zuständig. Private Rundfunkmedien wurden auf Anweisung der Regierung von den beiden Regulierungsinstitutionen ONT und CSC zugelassen. Das Office national de télédiffusion (ONT) war dabei für den technischen Aspekt des Lizenzierungsprozesses zuständig, während dem Conseil supérieur de la communication (CSC) die Kontrolle über den inhaltlichen Lizenzierungsprozess und dessen Umsetzung oblag. Den Onlinesektor kontrollierte die Agence Tunesienne d'Internet (ATI), die eine intensive und weitreichende Internetzensur etablierte. Medienübergreifend agierte schließlich die Agence Tunesienne de la communication externe (ATCE), die ursprünglich eingerichtet worden war, um das Image des Regimes im Ausland zu verbessern, zunehmend jedoch auch die inhaltliche Ausrichtung der Medien im Inland beeinflusste. Eine Methode hierfür war die eigenmächtige Verteilung von Anzeigen aus dem öffentlichen Sektor, die Regime-loyalen Medien einen finanziellen Vorteil verschaffte (El-Issawi 2012). Nach dem Ende der Ben Ali-Herrschaft war ein erster Schritt hin zur Neustrukturierung der Medienregulierung die Abschaffung des Informationsministeriums und einige der ihm unterstellten Organe. Die beiden Regulierungsbehörden ATI und ONT operieren jedoch weiter. Besonders der Fortbestand der ATI hat im Verlauf der Transformation immer wieder zu heftiger Kritik geführt, da er in den Augen der Kritiker dem Fortführen einer Internetzensur diene. Für die Übergangsphase wurden zwei Institutionen gegründet, die zwar keine direkte Regulierungsfunktion besitzen, aber den Prozess der Neuregulierung beratend begleiten sollen, die Instance nationale pour la réforme de l'information et la communication (INRIC) und die vornehmlich für den Rund-

¹ Vgl. z. B. die monatlichen Berichte des Centre de Tunis pour la liberté de la presse auf <http://ctlj.org/>.

funksektor zuständige HAICA. Beide werden von unabhängigen Experten gestellt. Diese haben einerseits konstruktive Konzepte für Medienreformen entwickelt, andererseits fehlt ihnen der politische Einfluss bei der Umsetzung.

Die Eigentumsverhältnisse stellten ein weiteres Mittel der Medienkontrolle unter Ben Ali dar. Vor der Revolution gehörten die einflussreichen Printmedien entweder dem Staat (LA PRESSE, AL-SAHAFI), der Partei Ben Alis, der RCD (AL-HURRIYA, LE RENOUVEAU) oder Ben Ali nahestehenden Eigentümern wie im Falle von AL-SABAH oder LE TEMPS, die als Teil der Al-Materi Holding in den Händen von Ben Alis Schwiegersohn lagen. Alle drei Zeitungsarten waren inhaltlich mehr oder weniger gleichgeschaltet, was z. B. durch die politische Besetzung der Führungsetagen oder direkte inhaltliche Vorgaben und Einflussnahmen entstand. Die wenigen »oppositionellen« Printmedien, die den zugelassenen Parteien gehörten (z. B. AL-MUWATINUN, AL-FAJR, AL-TARIQ AL-JADID), konnten nur unter starkem politischen und wirtschaftlichen Druck überhaupt existieren und ihre Aufgabe als »kritische Stimme« entsprechend kaum wahrnehmen. Den Rundfunksektor dominierten bis zum Jahr 2003 die Staatssender RADIO TUNIS (vier nationale und fünf lokale Sender) und TÉLÉVISION TUNESIENNE (TV 7 und CANAL 21), deren vorwiegende Aufgabe es war, (positiv) über den Präsidenten, seine Politik und seine Palastelite zu berichten. Die zwischen 2003 und 2010 gegründeten zwölf privaten Fernseh- und Radiosender (z. B. NESSMA TV, HANIBAL TV, RADIO ZITOUNA, RADIO MOSAÏQUE, SHEMS FM) gehörten alle engen Vertrauten des Präsidenten und durften keine politischen Informationen senden (El-Issawi 2012). Dennoch gelang es ihnen, hier und da neue Handlungsspielräume zu eröffnen, indem sie tabuisierte Themen wie AIDS erstmalig behandelten oder journalistische Formate einsetzten, die das Publikum stärker einbanden (Haugbølle/ Cavatorta 2013). Websites mit journalistischen Inhalten waren vor allem Ableger der bereits offline existierenden Medien (26 von 38, Stand November 2010) und setzten somit deren Eigentümerstrukturen und Praktiken fort. Die zwölf reinen Online-Medien waren entweder inhaltlich auf Wirtschaft und Technologie spezialisiert und sparten somit das sensible Feld der Politik aus (z. B. KAPITALIS, WEBMANAGERCENTRE, TEKIANO) oder stellten verkappte Kommunikationsplattformen für Unternehmen dar (z. B. TUNIVISION, LEADERS.COM.TN) (Ferjani 2011).

Aufgrund der geringen notwendigen Investitionen für die Eröffnung einer Website, war der Online-Mediensektor derjenige, der nach der Revolution am schnellsten boomte. Zahlreiche journalistische Websites wurden gegründet, deren Betreiber und Eigentümer nur schwer zu ermitteln sind. Die oben erwähnten Website-Typen bestehen fort und haben z. T. ihre Themenagenda ausgeweitet (z. B. TEKIANO). Vermehrt haben sich seit 2011 kollaborative Plattformen, die sich durch ein Zusammenwirken von professionellen Journalisten und Bürgern aus-

zeichnen (z. B. NAWAAT.ORG). Soziale Mediennetzwerke haben weiter an Popularität gewonnen, obwohl zahlreiche öffentlich bekannt gewordene Manipulationen die Euphorie über den Einsatz zur Informationsverbreitung dämpfen (Ferjani/ Mekki 2011). Die bis Januar 2011 gegründeten Online-Auftritte der traditionellen Medien (Print & Rundfunk) teilen das Schicksal ihrer Offline-Organisationen: Die beiden Zeitungen AL-HURRIYA und LE RENOUVEAU, die der Partei RCD gehört hatten, wurden geschlossen. Ihre Mitarbeiter wechselten in die staatlichen Medien. In diesen wiederum wurden noch vor der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung einige – jedoch nicht alle – Führungskräfte ausgetauscht. Die Zeitungen unter Kontrolle der Ben Ali Familie wurden dem Premierminister zur »juristischen Verwaltung« überstellt. Andere private Zeitungen blieben unangetastet. Der Lizenzierungsprozess für Printmedien wie auch für Websites wurde durch ein einfaches Meldeverfahren ersetzt, das in den Monaten nach der Revolution 228 Publikationen durchliefen (El-Issawi 2012: 6f.). Die zukünftigen Eigentumsverhältnisse des staatlichen Rundfunks sind noch nicht besiegelt und die des privaten nach wie vor strittig. Hier zeigt sich deshalb besonders deutlich der schwierige Umgang mit dem Erbe Ben Alis. Im Mai 2011 vergab die nicht gewählte Übergangsregierung unter Ministerpräsident Essebsi Lizenzen für Fernseh- und Rundfunksender. Dabei berücksichtigte sie nur die Sender, die auch schon unter Ben Ali eine Lizenz besessen hatten. Proteste von INRIC, der Zivilgesellschaft und Journalisten führten zur Rücknahme der Entscheidung. Allerdings bewilligte daraufhin INRIC, das von der Regierung dazu beauftragt worden war, auch nur zwölf Lizenzen von insgesamt 74 Lizenzanträgen. In der Folge wichen viele TV-Sender auf Satellitenausstrahlung aus und zahlreiche Radiostationen senden heute quasi illegal. Dadurch hat sich das inhaltliche Repertoire im Rundfunkbereich zwar deutlich erweitert. Viele Journalisten – zivilstaatlich wie islamistisch-orientiert – bemängeln jedoch den nach wie vor großen Einfluss der alten Ben Ali-getreuen Sender. Im staatlichen Rundfunk hat sich strukturell wenig geändert. Die historisch gewachsene Abhängigkeit des staatlichen Rundfunks vom Regime führte nach dem Wahlsieg Ennahdas zu einer paradoxen Situation: Viele der post-revolutionären Medienakteure gehörten der alten, weltlich-orientierten Elite an, sahen sich aber plötzlich der Kontrolle einer religiös-orientierten Regierung unterworfen und wehrten sich gegen die Neubesetzung von Führungspositionen in ihren Rundfunkanstalten. Zugleich begegnete die Regierung besonders Mitarbeitern aus dem staatlichen Rundfunk mit Misstrauen, da sie in ihnen Unterstützer von Ben Ali nahen, konterrevolutionären Kräften sahen. Die Klage der damals amtierenden Ennahda-Regierung gegen den staatlichen Rundfunk, weil dieser die Bezeichnung »Übergangsregierung« verwendete, bringt dies exemplarisch zum Ausdruck.

Ökonomischer Kontext

Wie in einigen anderen arabischen Ländern (z. B. Jordanien und Marokko) leitete das tunesische Regime in den 1990er-Jahren wirtschaftliche Liberalisierungen ein. Tunesien öffnete sich dem globalen Markt, orientierte sich fortan an den Regeln der Marktwirtschaft und unterwarf sich den Entwicklungsaufgaben internationaler Geldgeber, allen voran denen des Internationalen Währungsfonds (IWF). Da die Wirtschaft in der Folge tatsächlich kontinuierlich wuchs, galt Tunesien lange als Musterschüler des IWF (Pfeiffer 1999). Die Investitionen im Land stiegen und mit ihnen der Bedarf von Unternehmen, Werbung zu treiben. Angeblich war es die Werbewirtschaft, die Ben Ali dazu bewegte, den Rundfunksektor für private Medienorganisationen zu öffnen, weil der staatliche Rundfunk nicht ausreichend Zuschauer erreichte (Sakr 2007: 26). Daneben zeigten Profiteure der Liberalisierung, die überwiegend zur Familie Ben Alis zählten, ein Interesse daran, in der neuen Medienwirtschaft zu expandieren. Die Verquickung von Regime-Nähe, erfolgreicher Unternehmerschaft und dem Besitz von Rundfunkunternehmen stellt somit eine wichtige Strukturentwicklung für den Rundfunkmarkt seit der Öffnung von 2003 dar. Die so entstandenen Wettbewerbsverzerrungen sind heute noch zu erkennen. Der aktuell erfolgreichste Radiosender RADIO MOSAÏQUE erhielt 2003 als erster Sender eine Lizenz und konnte sich dadurch erhebliche Wettbewerbsvorteile schaffen. Der Sender gehörte als Teil der Karthago Group Ben Alis Schwager, der zudem eine Führungsposition in der RCD innehatte. Der Direktor war seinerzeit Mitglied der Kommission CSC, die über Rundfunklizenzen entschied. Die Verstrickungen zwischen Regime und Medien wurden zusätzlich dadurch verstärkt, dass Film- und Fernsehproduktionsfirmen ebenfalls in der Hand einiger weniger Medienunternehmer waren, deren Einfluss über den neuen privaten Rundfunkmarkt hinausging. Denn zur Karthago Group gehörte auch eine Produktionsfirma namens Cactus Prod, die 2010 mehrheitlich das Programm des Staatssenders TV7 bestückte (Haugbølle/Cavatorta 2012: 102ff.).

Heute ist es ausgesprochen schwierig, den Rundfunkmarkt in Gänze zu durchschauen. Aufgrund des ungeklärten Lizenzvergabeprozesses mangelt es an Transparenz über Eigentumsverhältnisse und Geldflüsse. Dies gilt nicht nur für die Nachfolgemedien des Ben Ali-Clans, sondern auch für post-revolutionäre Rundfunkmedien. Für Skepsis sorgen zum Beispiel religiös-orientierte Medien, die unter dem Verdacht stehen, von saudi-arabischen (wahhabitischen) Finanziers unterstützt zu werden. Die Schaffung von erfolgreichen Finanzierungsmodellen für alle Mediensparten wird neben der Herstellung von Eigentümertransparenz eine weitere Herausforderung der kommenden Jahre darstellen. Es muss geklärt werden, welchen Stellenwert die bislang vorhandenen Finanzierungsmo-

delle (staatlich-, privat- und parteifinanziert) im zukünftigen Mediensystem Tunesiens einnehmen sollen. Um ein pluralistisches Mediensystem zu gestalten, bedarf es tragfähiger aber unterschiedlicher Finanzierungsmodelle in allen Mediensektoren. Hier haben tunesische Zeitungen derzeit – wie andernorts auf der Welt – einen schweren Stand. Neugründungen sind deshalb benachteiligt und können nur selten – wie im Fall des islamistisch-orientierte Magazins EDHAMIR – mit den bestehenden Printmedien mithalten. Der Wunsch zur Etablierung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist zwar mit der Schaffung der HAICA-Kommission vorhanden, die Umsetzung steht jedoch noch aus. So dominieren privatfinanzierte Radio- und Fernsehsender den Rundfunksektor. Die schwierige finanzielle Lage des Staates und auch der Bürger stellt eine Herausforderung für alternative Modelle öffentlich-rechtlicher oder etwa kooperativer Finanzierung dar. Es gibt aber Anzeichen dafür, dass neue innovative Modelle geschaffen werden. Im Oktober 2013 beispielsweise gründeten Journalisten den teilweise kooperativ, teilweise aus ausländischen Geldern finanzierten Fernsehsender TELVZA TV und betraten damit neues Terrain. Auch die wachsende Zahl von Community Radios und Informationswebsites, die sich z. B. aus den Geldern zivilgesellschaftlicher Organisationen speisen, weist in eine neue Richtung. Bislang gehören zu den einflussreichsten Medien im Hinblick auf Reichweite und Vertrauen jedoch überwiegend die ›alten‹, bereits vor 2011 agierenden wie der Staatsrundfunk, die Zeitungen LA PRESSE und SAHAFA, RADIO MOSAÏQUE, SHEMS FM, HANIBAL TV, NESSMA TV oder AL-TOUNSIYA TV (im Jahr 2010 als CARTHAGE TV gestartet).

Technologische Infrastruktur

Tunesien war das erste arabische Land, das mit dem Internet verbunden war, das über Jahre zu den größten Feinden des Internets gehörte und mit der Revolution von 2011 den Mythos von der FACEBOOK-Revolution prägte. Diese widersprüchliche Kombination verdeutlicht sehr gut den zwiespältigen Umgang autoritärer Machthaber mit dem Internet. Ben Ali förderte mit zahlreichen ICT-Programmen die Einführung und Ausbreitung der nötigen Infrastruktur mit dem Ziel, die technische Modernisierung des Landes voranzutreiben. Im Jahr 2010 hatten bereits 34 % der Bevölkerung einen Zugang zum Internet, 2013 waren es 44 %. Mit der verbreiteten Nutzung von Online-Angeboten durch die Bevölkerung stellte die Technologie aber bald eine Gefahr für das Regime dar. Das Publizieren im Internet bot von Beginn an größere Freiheiten als das in den traditionellen Medien. Um unerwünschte Kritik am Regime zu unterbinden, baute Ben Ali deshalb eine der ausgefeiltesten Internetzensurbehörden der Welt auf. Die Tunesische Internetbehörde ATI war die Zentrale zur Überwachung aller Internetaktivitäten. Ihre

Aufgabe war es, ein technisches Filtersystem zu installieren, Veröffentlichungen nachträglich zu löschen und eigeninitiativ die Manipulation der öffentlichen Meinung zu betreiben. Die Behörde konnte nicht nur ganze Domänen blockieren, sie beorderte Internetservice Provider (ISP) auch Inhalte zu löschen, die in den Augen des Regimes pornografisch oder regierungskritisch waren, die unliebsame Themen wie Menschenrechte diskutierten oder technische Anleitungen zur Zensurumgehung publizierten. Da die ATI nach der Revolution nicht vollständig abgeschafft wurde, bestehen die technischen Möglichkeiten zur Internetzensur weiter. Problematisch ist auch der Fortbestand einer Lizenzierungspflicht bei der ATI für ISP und deren juristische Verantwortlichkeit für Inhalte Dritter (Article 19 2013). Zudem besteht ein erheblicher Bedarf an Restrukturierung in der Informations- und Telekommunikationsindustrie insgesamt, die wie viele andere Wirtschaftszweige auch von der Ben Ali-Familie dominiert wurde (Rijkers et al. 2014).

Ausblick

Seit dem Sturz Ben Alis sind einige Schritte hin zu einem ein Demokratie unterstützenden Mediensystem erfolgt. Die staatliche Kontrolle hat nachgelassen, flächendeckende Zensur ist beseitigt, der Zugang zur Öffentlichkeit theoretisch für alle möglich, neue Medienformen sind entstanden und der Zugang zu Informationen hat sich erheblich verbessert. Dennoch stehen die Medien und das Mediensystem vor zahlreichen Herausforderungen, wenn sie den politischen Demokratisierungsprozess zukünftig mitgestalten und unterstützen wollen. Es gilt nicht nur, neue Finanzierungsmodelle zu finden, sondern auch eine Wettbewerbsregulierung zu schaffen, die möglichst vielfältigen Akteuren den Eintritt und Verbleib im Medienmarkt ermöglicht. Zugleich müssen Mechanismen etabliert werden, die die Unabhängigkeit der Medien vom Staat garantieren. Dazu gehört die Regelung der Lizenzvergabe im Rundfunk, weitere rechtliche Garantien genauso wie die Einrichtung von selbst-regulativen Instanzen etwa eines Medienrats. Auch gilt es, einen möglichst in Inhalt und Organisation die Bandbreite der Bevölkerung repräsentierenden, öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufzubauen. Auf der Ebene der Medienorganisationen steht die Emanzipation der Mitarbeiter von Medieneigentümern (innere Pressefreiheit) und die stärkere Berücksichtigung von Publikumsinteressen auf der Agenda. Eine politische Transformation bringt eine Reihe von komplexen Veränderungsprozessen mit sich, von denen das Mediensystem nicht ausgenommen ist. Dass diese über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen nicht von heute auf morgen verändert werden können, versteht sich von selbst.

Literatur

- Article 19 (2013) (Hg.): Tunisia. Background Paper on Internet Regulation. Mai. <http://www.article19.org/data/files/medialibrary/37135/Tunisia-Report-on-Internet-.pdf>.
- El-Issawi, Fatima (2012): Tunisian Media in Transition. The Carnegie Papers, July 2012. http://carnegieendowment.org/files/tunisian_media.pdf.
- Erdle, Steffen (2010): Ben Ali's new Tunisia (1987-2009). A Case Study of Authoritarian Modernization in the Arab World. Berlin.
- Ferjani, Riadh (2011): All the Sides of Censorship: Online Media Accountability Practices in Pre-Revolutionary Tunisia. MediaAcT-Working Paper Series, 12/2011. www.mediaact.eu/fileadmin/user_upload/WP4/MediaAcT_Working_Paper_Tunisia.pdf.
- Ferjani, Riadh/ Mekki, Thameur (2011): Révolution et contre-révolution en Tunisie: le virtuel miroir du réel. In: Revue medias 30. <http://www.revue-medias.com/revolution-et-contre-revolution-en.775.html>.
- Groth, Stefanie (2013): Citizens' Radio in North Africa and the Middle East: Meaningful Change through Citizen Empowerment? – An Experience from Tunis. In: Global Media Journal – German Edition 3(2). http://www.db-thueringen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-28716/GMJ6_Groth_final.pdf.
- Haugbølle, Rikke Hostrup/ Cavatorta, Francesco (2012): »Vive la grand Famille des médias tunisiens« Media Reform, Authoritarian Resilience and Societal Responses in Tunisia. In: The Journal of North African Studies 17(1), S. 97-112.
- Pfeiffer, Karen (1999): How Tunisia, Morocco, Jordan and even Egypt became IMF »Success Stories« in the 1990s. In: Middle East Report 210, S. 23-27.
- Rijkers, Bob/ Freund, Caroline/ Nucifora, Antonio (2014): All in the Family. State Capture in Tunisia. Policy Research Working Paper No. 6810. Washington DC: <http://documents.worldbank.org/curated/en/2014/03/19291754/all-family-state-capture-tunisia>.
- Sakr, Naomi (2007): Arab Television Today. London und New York.